Russland-Sanktionen: Breite Zustimmung in Bevölkerung und Wirtschaft

Melinda Fremerey / Simon Gerards Iglesias / Moritz Mehlem

Köln, 19.11.2026

IW-Report 49/2026

Wirtschaftliche Untersuchungen,
Berichte und Sachverhalte

INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT

Herausgeber
Institut der deutschen Wirtschaft Köln e. V.
Postfach 10 19 42
50459 Köln

Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) ist ein privates Wirtschaftsforschungsinstitut, das sich für eine freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung einsetzt. Unsere Aufgabe ist es, das Verständnis wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Zusammenhänge zu verbessern.

Das IW in den sozialen Medien

LinkedIn
@Institut der deutschen Wirtschaft

Instagram
@IW_Koeln

Autoren

Dr. Melinda Fremerey
Persönliche Referentin des Direktors
Fremerey@iwkoeln.de
0221 – 4981-606

Dr. Simon Gerards Iglesias
Persönlicher Referent des Direktors
Simon.gerards@iwkoeln.de
0221 – 4981-603

Moritz Mehlem
Studentischer Mitarbeiter
Mehlem@iwkoeln.de

DOI: 10.67087/12.21700

Weitere Studien des Instituts der deutschen Wirtschaft finden Sie unter www.iwkoeln.de

In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit regelmäßig das grammatikalische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.

Stand:
Oktober 2026

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung **4**

1 Einleitung **5**

2 Einstellung der deutschen Bevölkerung zu den Sanktionen **7**

2.1 Breite Zustimmung mit bröckelnder Mitte 8
2.2 Stärkere Vorbehalte in Ostdeutschland 9
2.3 Höhere Zustimmung bei höherer Bildung 11
2.4 Polarisierung entlang politischer Grundhaltungen 11

3 Sicht deutscher Unternehmen auf Sanktionen **14**

3.1 Das Russland-Geschäft der deutschen Unternehmen 15
3.2 Breite Zustimmung mit einem sichtbaren Gegenlager 17
3.3 Differenzierungen nach Merkmalen 18

4 Fazit **22**

5 Abstract **24**

Abbildungsverzeichnis **25**

Literaturverzeichnis **26**

JEL-Klassifikation

F51 – International Conflicts; Negotiations; Sanctions
H56 – National Security and War
C83 – Survey Methods; Sampling Methods

Zusammenfassung

Die Sanktionen der EU gegen Russland und die Unterstützung der Ukraine sind die wichtigsten außenpolitischen Reaktionen der EU auf den russischen Imperialismus. Die Zustimmung zu russlandfreundlichen Parteien in Deutschland befeuern die politische Debatte, ob das umfassende Sanktionsregime noch aufrechterhalten werden sollte. Dabei zeigt diese Studie, dass ein überwältigender Teil der deutschen Bevölkerung und der deutschen Unternehmen weiterhin die Sanktionen gegen Russland unterstützen. Im Frühjahr 2026 stimmten fast drei Viertel der befragten Personen in Deutschland den Sanktionen zu, im Sommer 2026 befürworteten diese etwas mehr als drei Viertel der Unternehmen. Gleichzeitig wächst der Anteil der Kritiker, was eine Herausforderung für die politische Legitimation der Sanktionen darstellt. Insbesondere bestehen sichtbare Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. Dabei ist die Unterstützung in Bevölkerung und Wirtschaft tief verankert, jedoch nicht einheitlich ausgeprägt ist. Die Unterschiede bestehen etwa nach soziografischen und sozioökonomischen Indikatoren, der politischen Einstellung, Unternehmensbranche und -größe. Die Sanktionsakzeptanz sollte durch politische Bildung und Kommunikation gestützt werden. Sanktionen lassen sich etwa als Teil der europäischen Verteidigungsstrategie vermitteln. Unternehmen, die die Sanktionen mittragen, können dabei als glaubwürdige Absender wirken.

1 Einleitung

Die Vollinvasion Russlands in die Ukraine dauert nun über viereinhalb Jahre und damit länger als der Erste Weltkrieg. Neben der militärischen und finanziellen Unterstützung der Ukraine durch die Europäische Union sind Sanktionen gegen Russland und seinen engen Verbündeten Belarus ein probates Mittel, um – ohne direkte militärische Einmischung – eine entscheidende Position und Wirkung zugunsten der Ukraine zu erzielen.

Die zügige Antwort mit Sanktionen nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine mag überrascht haben. Europa und insbesondere Deutschland waren bis zum Beginn des Ukraine-Kriegs durch eine hohe Abhängigkeit von Russland im Energiesektor geprägt. Aufgrund dieser großen Abhängigkeit und der vergleichsweisen weichen Reaktion auf die Annexion der Krim im Jahr 2014 galt Deutschland zunächst nicht als ernst zu nehmende Sanktionsmacht (Hesse, 2025). Aber Deutschland und die EU haben sich wehrhaft gezeigt. So wurde das erste Sanktionspaket bereits am 22. Februar 2022 als Reaktion auf Russlands Einmarsch in die Ukraine geschnürt. Die EU erwies sich schnell als handlungsfähig und beschloss zu Beginn des Ukraine-Kriegs alle paar Tage ein neues Sanktionspaket (Rat der Europäischen Union, 2026a). Im Juli 2026 einigte sich die EU auf das mittlerweile 21. Sanktionspaket (Rat der Europäischen Union, 2026b). Am 12. Oktober 2026 wurde die Sanktionsliste so stark wie noch nie erweitert (Europäische Kommission, 2026a).

In den bisherigen Sanktionspaketen kombiniert die EU gezielt personen-, unternehmens- und finanzbezogene Sanktionen sowie güterbezogene Import- und Exportverbote. Dazu kommt der Ölpreisdeckel mit transnationaler Wirkung. Personen, die auf der Sanktionsliste der EU stehen, erhalten Einreise- sowie Durchreiseverbote und Vermögenssperren sowie Beschränkungen für Finanzgeschäfte. Insgesamt sind derzeit fast 4.600 Individuen und Organisationen sanktioniert, dazu zählen politische, militärische und unternehmerische Persönlichkeiten aus Russland (Rat der Europäischen Union, 2026c). Für sanktionierte Unternehmen – vor allem Rüstungs-, Energie-, Transport- oder Finanzunternehmen, auch aus Drittstaaten – gelten ebenfalls Vermögenssperren und Transaktionsverbote sowie Beschränkungen des (Kapital)Marktzugangs. So gibt es Verbote von Geschäften mit mehr als 100 russischen Banken und Beschränkungen für Kryptodienste (Rat der Europäischen Union, 2026d). Die Exportverbote zielen besonders auf militärisch nutzbare Technologien und industrielle Kapazitäten ab, während die Importseite der Sanktionen die russischen Einnahmen aus Energie und Rohstoffen schmälern soll. So soll Russland der Zugang zu militärischen oder Dual-Use Gütern, wie Halbleiter, Elektronik oder Drohnenteile versperrt werden. Das Exportverbot betrifft aber auch Luxusgüter, die die Elite im Land treffen soll. Einfuhrverbote bestehen insbesondere im Energiesektor. Kohle, auf dem Seeweg befördertes Rohöl und Erdölerzeugnisse, LNG-Gas, aber auch Diamanten, Helium, Eisen- und Stahlprodukte stehen unter anderem auf der Sanktionsliste (Europäische Kommission, 2026b). Der Ölpreisdeckel ergänzt die Handelsbeschränkungen: EU-Unternehmen dürfen russisches Rohöl nur dann per Schiff in Drittstaaten transportieren oder den Transport versichern, wenn es einen bestimmten Betrag nicht übersteigt, der dynamisch schwankt und 15 Prozent unter dem weltweiten Durchschnittspreis liegt. Weil ein erheblicher Teil der weltweiten Tankerflotte unter Flagge von EU-Staaten fährt und große Versicherer in London sitzen, ist dieser Sanktionshebel besonders wirksam. Für gelistete Schiffe der russischen „Schattenflotte“ gelten unabhängig vom Ölpreis Hafen- und Dienstleistungsverbote (Rat der Europäischen Union, 2026e).

Dem Motto „America-Only“ folgend schwindet derzeit die US-Unterstützung für Sanktionen und der Ukraine-Unterstützung unter Präsident Trump. Aufgrund der hohen Spritpreise infolge des Irankriegs vor den Midterm-Wahlen verkündete Trump zuletzt einen Deal mit Russland, der Lieferungen von russischem Dieselkraftstoff in die USA und auf den Weltmarkt beinhaltete. Außerdem wurden die US-Sanktionen insgesamt 60

Tage außer Kraft gesetzt. Russlands Staatshaushalt, der vor allem auf Öl- und Gasgeschäfte angewiesen ist, werden damit Einnahmen ermöglicht. Mit der Einfuhr russischer Ölprodukte in die USA wird systematisch festgelegt, was bereits im Frühjahr 2026 über Sanktionsausnahmen („Waiver“) kurzzeitig erlaubt wurde. Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass Sanktionen auch dem Land schaden können, das sie verhängt, und dass es unter Krisenbedingungen schwer sein kann, sie aufrechtzuerhalten.

Deutschland hat die Sanktionen und die Abkehr von russischem Öl und vor allem Gas ebenfalls sehr stark gespürt. Die Umstellung des Energiesektors ging zum Teil mit erheblichen Investitionen (z. B. in LNG-Infrastruktur) und mit ausgeweiteten sowie neuen Handelspartnerschaften einher. Diese Kosten der Abkehr von Russland als Energielieferant sind jedoch als Versicherung für langfristige Resilienz und Unabhängigkeit zu verstehen. Außerdem konterkariert die Möglichkeit, dem russischen Haushalt Einnahmen durch Öl- und Gasgeschäfte zu generieren, die militärische Hilfe für die Ukraine – während man die eine Seite militärisch unterstützt, stützt man finanziell die andere Seite.

Somit sind Sanktionen wichtig, um den russischen Staat politisch, wirtschaftlich und finanziell zu schwächen. Generell ist Russland als Autokratie mit personalistischem Regime und kleiner Machtelite jedoch schwerer mit Sanktionen zu treffen als eine Demokratie mit pluralistischem System. Denn individuelle Schäden werden vom autokratischen Regime in Kauf genommen oder kompensiert. Wenn Sanktionen ein Regime zu einem Kurswechsel bewegen sollen, müssen sie die Akteure treffen, die politisch etwas bewegen können. Sanktionen gegen russische Privatpersonen erreichen diesen Kreis aber nur begrenzt. Während russische Oligarchen kaum mehr zur politischen Elite gehören, hält die russische Elite des Staatsdiensts im Westen wenig Vermögen, das sich sanktionieren ließe. Gezielte Sanktionen gegen diesen Personenkreis dürften daher weniger wirken als erhofft (Hüther et al., 2023). Sanktionen sind hingegen besonders effektiv, wenn sie Multiplikatoreneffekte auslösen – der private Sektor spielt hier eine entscheidende Rolle, wenn für die wirtschaftliche Entwicklung ausländische Direktinvestitionen erforderlich sind. Außerdem besteht ein effektives Sanktionsregime, wenn viele Länder die Sanktionen mittragen und wenig Ausweichmöglichkeiten bestehen (Hüther et al., 2023).

Erste Bewertungen der Sanktionen gegen Russland zeigen Wirkung: Besonders in der Anfangsphase des Krieges schienen die westlichen Sanktionen vor allem aufgrund von Turbulenzen im russischen Finanzsystem große Wirkung zu entfalten – die schnelle Reaktion der Zentralbank und umfassende Ausweich- und Anpassungsreaktionen in der Wirtschaft etwa durch Lieferungen aus Drittstaaten und Re-Importen sowie die zuvor gezielten Vorbereitungsmaßnahmen für den Kriegs- und Sanktionsfall, wie die Umschichtung der Währungsreserven, schmälerten jedoch die Sanktionswirkungen (Hüther et al., 2023; Kluge, 2025). Dies verdeutlicht die aktuellen Schwächen des Sanktionsregimes: sie bestehen in den anderweitigen geopolitischen Spannungen und in der Stärke der Länder, die sich nicht an den Sanktionen beteiligen.

Trotz aller Schlupflöcher bleibt festzuhalten: Das aktuelle Sanktionsregime gegen Russland ist das restriktivste seit über einem halben Jahrhundert. Die volle Wirkung der Sanktionen wird sich erst in der langen Frist zeigen (Hüther et al., 2023). Auch wenn die vereinbarten Dieselexporte in die USA Russlands Fiskalposition kurzfristig leicht entlasten könnten, leidet das Land weiter unter erheblichen Finanzierungsproblemen gepaart mit stagnierendem Wachstum, einer hartnäckigen hohen Inflation und steigenden Militärausgaben (KSE Institute Sanctions Hub, 2026; Liang et al., 2026).

Generell gilt es, die Sanktionen der EU als Teil einer gesamten sicherheits- und außenpolitischen Strategie zu sehen: Russland ist mit seinem tiefgreifenden Verständnis als imperiale Macht auf dem europäischen Kontinent ein eklatantes Sicherheitsproblem für Europa, sodass langfristige nachhaltige Verteidigung und Abschreckung von europäischer Seite aus und wirtschaftliche Schwächung Russlands Hand in Hand gehen müssen. Statt den Ukrainekrieg historisch mit einem „Hineinschlittern“ in den Ersten Weltkrieg zu vergleichen, zieht der Historiker Martin Schulze Wessel vielmehr einen Vergleich zum Zweiten Weltkrieg: „ein aggressiver Staat, der nicht durch wirksames Containment gestoppt wird (…). Diese Einsicht setzte viel zu spät ein – und bis heute nicht vollständig.“ (Frankfurter Rundschau, 2025). Aus diesem Grund sind das Festhalten und Ausweiten des Sanktionsregimes eine historisch und freiheitlich demokratisch wichtige Position. Doch der aktuelle Zuspruch von russlandfreundlichen Parteien verweist auf den enormen politischen Druck, der auf dem Sanktionsregime lastet. Hinzu kommt, dass sich die Stimmungslage hinsichtlich der Unterstützung der Ukraine wandelt: während im April 2022 nur 16 Prozent der Befragten angaben, Deutschland unternehme zu viel zur Unterstützung der Ukraine, ist es aktuell mehr als jeder Vierte (43 Prozent) (RTL/ntv, 2026).

Angesichts schwindenden Rückhalts für militärische und finanzielle Hilfe ist eine breite und von verschiedenen Akteuren (politisch, gesellschaftlich, unternehmerisch) getragene Zustimmung zu Sanktionen essenziell. Nur dann ist eine dauerhafte Unterstützung des Sanktionsregimes mit seiner langfristigen Wirkung gesichert. In der deutschen Bevölkerung zeigte sich nach dem ersten Jahr des Ukraine-Kriegs eine hohe Zustimmung zu den Sanktionen (71 Prozent der Befragten, Diermeier/Fremerey, 2023), und dass, obwohl die Umstellungseffekte und Kosten zu dem Zeitpunkt in Deutschland relativ hoch waren. Ebenso wichtig ist die Unterstützung der Unternehmen, da sie im Zweifel direkt betroffen sind, darüber hinaus über das Russlandgeschäft ohne Sanktionen entscheiden und das Rückgrat des Wohlstands in Deutschland sind. Auch die Unternehmen zeigten unmittelbar nach Ausbruch des Kriegs eine breite Zustimmung zum Sanktionsregime (ZVEI, 2022; Bitkom, 2022; IHK, 2022). Und das, obwohl sich eine große Mehrheit der Unternehmen (78 Prozent) vom Krieg und Sanktionen betroffen sah (DIHK, 2022). Die zu klärende Frage ist, wie sehr die Bevölkerung und Unternehmerschaft unter den aktuellen Bedingungen, wie anhaltenden Kriegen, Transformationsherausforderungen, Handelsverwerfungen, Verschlechterung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und anderweitigen geopolitischen Spannungen die Sanktionen gegen das russische Regime unterstützen. Dieser Report untersucht daher in den folgenden Kapiteln die aktuellen Zustimmungswerte zu den Sanktionen in der deutschen Bevölkerung (Kapitel 2) und Unternehmerschaft (Kapitel 3).

2 Einstellung der deutschen Bevölkerung zu den Sanktionen

Für ein langfristig wirksames Sanktionsregime ist die Unterstützung der Bevölkerung in den sanktionierenden Staaten unerlässlich. Dabei ist nicht nur entscheidend, wie hoch die Zustimmung insgesamt ausfällt, sondern ebenfalls, wie breit sie in verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen verankert ist. Die folgenden Auswertungen richten deshalb den Blick auf die Haltung der deutschen Bevölkerung zu den EU-Sanktionen gegen Russland. Im Mittelpunkt steht die Entwicklung zwischen Herbst 2025 und Frühjahr 2026, der Vergleich innerhalb der Europäischen Union sowie Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland und soziodemografischen Gruppen. Die Datenbasis der Bevölkerungsbefragung ist das Eurobarometer der Europäischen Kommission (Europäische Kommission, 2026c; 2026d). Es erfasst Einstellungen und Wahrnehmungen der Bevölkerung in

den Mitgliedstaaten der Europäischen Union.[1] Im Fokus der Analyse steht die Frage nach der Zustimmung zu den wirtschaftlichen Sanktionen der EU gegen Russland.[2]

2.1 Breite Zustimmung mit bröckelnder Mitte

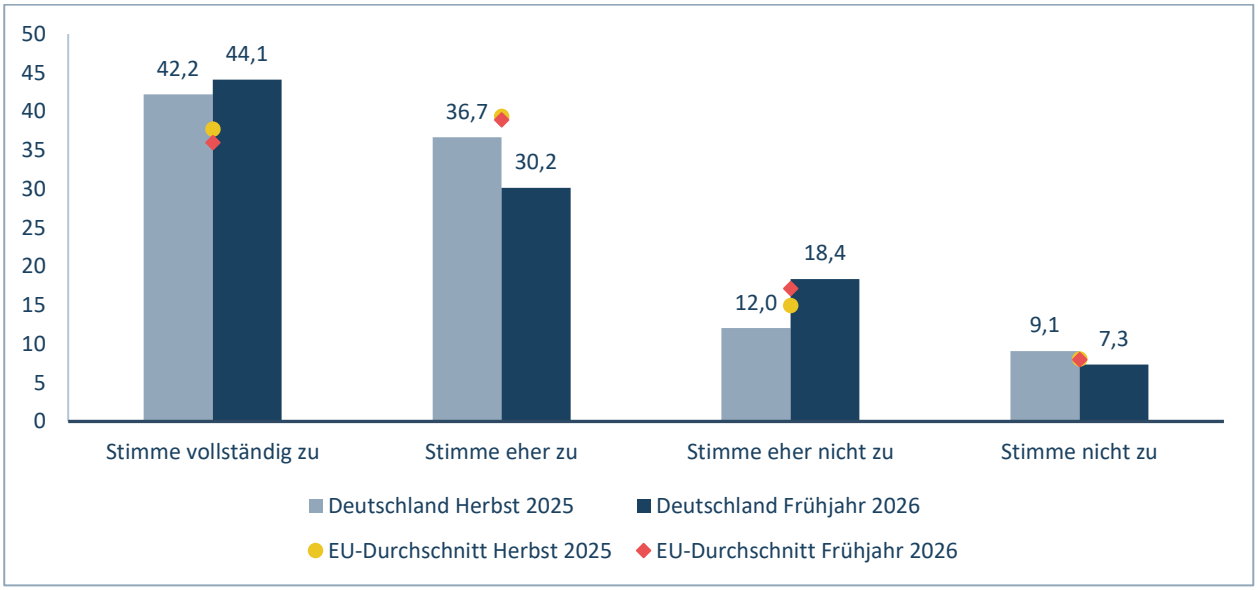
Auch im fünften Jahr des Krieges unterstützt mit 74 Prozent eine große Mehrheit der deutschen Bevölkerung die wirtschaftlichen Sanktionen gegen Russland. Trotz dieses hohen Zustimmungswerts liegt Deutschland im europäischen Vergleich nur im Mittelfeld. Besonders hohe Unterstützung für Sanktionen gibt es in Portugal (96 Prozent), in Dänemark (95 Prozent) und in Schweden (92 Prozent), während Zypern (33 Prozent), Griechenland (43 Prozent) und Bulgarien sowie Ungarn (48 bzw. 51 Prozent) am anderen Ende rangieren. Betrachtet man die Veränderung der Sanktionsunterstützer zwischen Herbst 2025 und Frühjahr 2026, gehört Deutschland mit einem Rückgang um 4,6 Prozentpunkte allerdings zu den EU-Mitgliedstaaten mit den größten Rückgängen bei der Sanktionsunterstützung. Größere Rückgänge verzeichnen nur die Slowakei (10 Prozentpunkte), Griechenland (9 Prozentpunkte), Luxemburg (7 Prozentpunkte) und Malta (5 Prozentpunkte). Länder wie Estland, Rumänien oder Dänemark weisen stattdessen wachsende Zustimmung zu Sanktionen von bis zu 5 Prozentpunkte auf. Außerdem wächst in Deutschland auffälligerweise der Anteil der Befragten ohne eindeutige Position stark: Der Anteil, derjenigen, die auf die Frage zu der Bewertung der Sanktionen mit „weiß nicht“ antworteten, stieg von 4,6 auf 9 Prozent. Das ist der stärkste Anstieg unter allen betrachteten Ländern und verdeutlich eine tendenziell wachsende Unentschlossenheit oder Unsicherheit hinsichtlich der Bewertung von Sanktionen in Deutschland.

Eine detailliertere Betrachtung der Zustimmungs- und Ablehnungswerte zu den Sanktionen zeigt ein auffälliges Muster: Der Anteil derjenigen, die vollständig hinter den Sanktionen stehen („stimme voll und ganz zu“), hat von 42,2 Prozent im Herbst 2025 auf 44,1 Prozent im Frühjahr 2026 marginal zugenommen (Abbildung 2-1). Während jedoch die tendenzielle Zustimmung („stimme eher zu“) um 6,5 Prozentpunkte deutlich gesunken ist, hat der Anteil der Bevölkerung, der die Sanktionen tendenziell ablehnt („stimme eher nicht zu“), im selben Ausmaß zugenommen. Die vollständige Ablehnung der Sanktionen ging leicht von 9,1 auf 7,3 Prozent zurück. Der Verlust an Sanktionsbefürwortern in Deutschland ist somit vor allem durch den Rückgang der tendenziellen Unterstützer zu erklären. Gleichzeitig nimmt der Anteil der Bevölkerung, der die Sanktionen eher ablehnt zu, ohne dass der Anteil der vehementen Sanktionskritiker wächst. Die beschriebene Veränderung in der Bewertung der Sanktionen in der deutschen Bevölkerung findet somit vor allem zwischen den moderaten Einstellungskategorien („stimme eher zu“ / „stimme eher nicht zu“) statt. Das spricht für ein gesellschaftliches Stimmungsbild, was sich – trotz anhaltender hoher vollständiger Sanktionsunterstützung – langsam zugunsten der tendenziellen Sanktionskritik entwickeln könnte. Dies könnte eine zunehmende Polarisierung zwischen vehementen Sanktionsbefürwortern und (tendenziellen) Sanktionskritikern zur Folge haben.

[1] Die folgende Auswertung basiert auf den Eurobarometer-Wellen EB 104 (2025) und EB 105 (2026). In Deutschland wurden insgesamt 1.516 Personen in EB 104 und 1.515 Personen in EB 105 befragt. Für die Europäische Union liegen 26.436 Befragte in EB 104 und 26.410 Befragte in EB 105 vor. Die jeweils gültigen Fallzahlen stehen in den Anmerkungen der Abbildungen.

[2] Die hauptsächlich analysierte Frage (Variable: qd2_1) lautet: „Die EU hat als Reaktion auf die russische Invasion in der Ukraine eine Reihe von Maßnahmen ergriffen.“ Inwieweit stimmen Sie dieser Maßnahme zu oder nicht: Verhängung von Wirtschaftssanktionen gegen die russische Regierung, russische Unternehmen und russische Bürger, einschließlich der Verwendung eingefrorener russischer Vermögenswerte zur Unterstützung der Ukraine.“ Die Befragten konnten zwischen vollständiger Zustimmung, tendenzieller Zustimmung, tendenzieller Ablehnung, vollständiger Ablehnung und „Weiß nicht“ wählen. Die fünf Antwortkategorien werden zunächst getrennt betrachtet. Ergänzend werden vollständige und tendenzielle Zustimmung zur zusammengefassten Zustimmung sowie vollständige und tendenzielle Ablehnung zur zusammengefassten Ablehnung addiert.

Abbildung 2-1: Antwortverteilung zu den EU-Sanktionen in Deutschland und der EU im Zeitvergleich (in Prozent)



Anmerkungen: N = Deutschland 1.436 (EB 104) bzw. 1.400 (EB 105); EU26 ohne Kroatien 24.044 bzw. 23.955. Kroatien ist nicht enthalten, da für Kroatien keine EU-Gewichtung vorliegt. „Weiß nicht"-Antworten sind nicht ausgewiesen.
Quelle: Europäische Kommission, 2026c; 2026d; eigene Berechnungen

Diese Einstellungsentwicklung in Deutschland scheint keinem allgemeinen europäischen Trend zu folgen: Zwar ist in 19 EU-Mitgliedstaaten ebenfalls der Anteil der Sanktionsbefürworter insgesamt zurückgegangen, in Deutschland fällt der Rückgang bei der tendenziellen Zustimmung („stimme eher zu") mit 6,5 Prozentpunkten jedoch besonders deutlich aus – nur in Griechenland ist er noch größer. In 17 der 19 Länder mit rückläufiger Zustimmung steigt der Anteil der tendenziellen Ablehnung („stimme eher nicht zu"). Doch nur in der Slowakei und in Malta fällt dieser Anstieg höher aus als in Deutschland. Die Kombination aus einem insgesamt rückläufigen Anteil der Sanktionsbefürworter, der vor allem auf die sinkende tendenzielle Zustimmung zurückzuführen ist, und einem Anstieg der tendenziellen Ablehnung bei gleichzeitig nicht steigender vollständiger Ablehnung, findet sich nur in Deutschland. Damit nimmt Deutschland eine Sonderrolle ein: In anderen europäischen Ländern verschiebt sich die Zustimmung ebenfalls von der tendenziellen Zustimmung zur tendenziellen Ablehnung der Sanktionen. Dort verändern sich jedoch auch die Randkategorien der vollständigen Zustimmung bzw. Ablehnung. In Deutschland verändern sich dagegen nur die moderaten Kategorien, während die eindeutigen Positionen weitgehend stabil bleiben.

Die hier dargestellten Verschiebungen zwischen den Antwortkategorien in Deutschland sprechen dafür, dass regionale, politische und gesellschaftliche Kontexte für die Sanktionshaltung eine wichtige Rolle spielen, die im Folgenden näher analysiert werden.

2.2 Stärkere Vorbehalte in Ostdeutschland

Zwischen Ost- und Westdeutschland zeigt sich ein großer Unterschied in der Bewertung der Sanktionen. Befragte in Ostdeutschland unterstützen die Sanktionen zwar mit großer Mehrheit (61 Prozent), jedoch weniger stark als Befragte in Westdeutschland (78 Prozent im Frühjahr 2026). Einen möglichen Hinweis für den Grund der unterschiedlichen Einstellungsmuster zwischen Ost und West liefert eine detaillierte IW-Personenbefragung ein Jahr nach Kriegsbeginn im Jahr 2023: Während 83 Prozent der Befragten in Ostdeutschland glaubten, die Sanktionen schadeten Deutschland mehr als Russland, gaben dies nur 71 Prozent der Befragten im

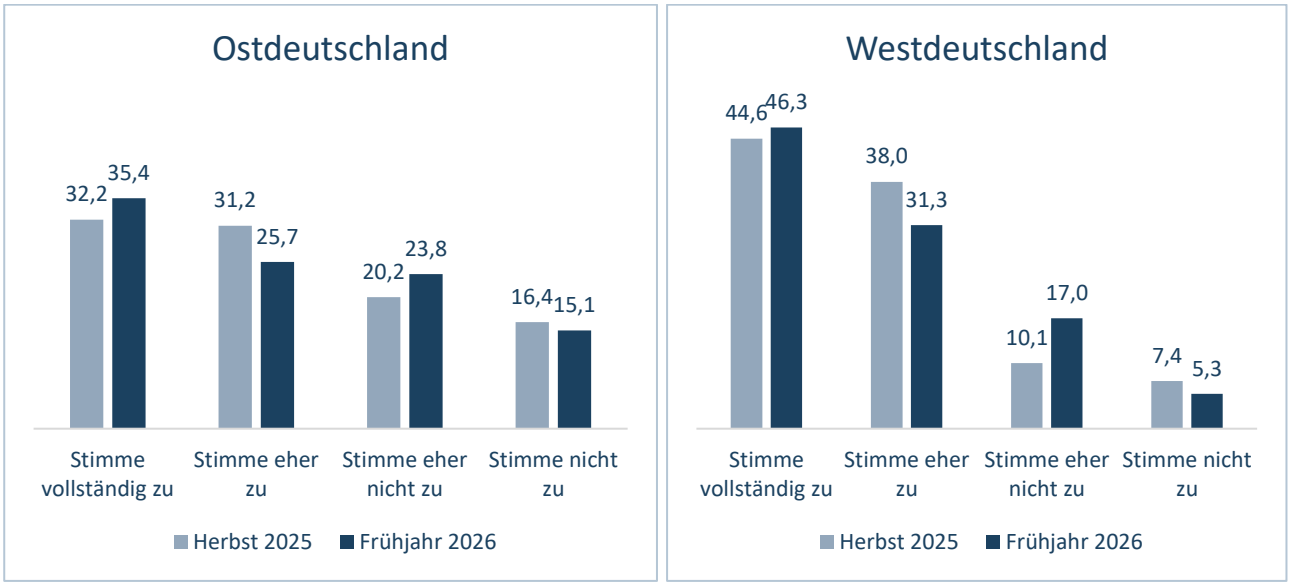
Westen an. Umgekehrt glaubten nur 77 Prozent der Ostdeutschen, die Sanktionen schadeten Russland – im Westen waren es 85 Prozent (Diermeier/Fremerey, 2023). Diese ökonomische Einschätzung zur Wirkungsrichtung der Sanktionen könnte die unterschiedliche Bewertung der Sanktionen in den beiden Landesteilen erklären.

Die aktuelle Entwicklung der Einstellung zum europäischen Sanktionsregime gegen Russland von Herbst 2025 zu Frühjahr 2026 ist in beiden Landesteilen ähnlich: In Ostdeutschland sinkt die Zustimmung zu Sanktionen insgesamt leicht von 63,4 auf 61,1 Prozent (minus 2,3 Prozentpunkte), während in Westdeutschland die Zustimmung von 82,6 auf 77,7 Prozent stärker zurückgeht (minus 4,9 Prozentpunkte). Somit bleibt der regionale Unterschied im Zustimmungsniveau bestehen, nimmt aber im untersuchten Zeitvergleich etwas ab.

Auch bei der Betrachtung der detaillierteren Antwortkategorien im Zeitverlauf zeigt sich ein weitgehend ähnliches Muster: In beiden Landesteilen nimmt die tendenzielle Zustimmung ab und die tendenzielle Ablehnung zu, wobei diese Verschiebung im Westen stärker ausfällt als im Osten (Abbildung 2-2). Im Westen steigt der Anteil der tendenziellen Sanktionskritiker um fast 7 Prozentpunkte, während sie im Osten nur 3,6 Prozentpunkte dazugewinnen. Der Rückgang des Anteils der Befragten, die den Sanktionen tendenziell zustimmen, ist hingegen in beiden Landesteilen recht ähnlich (im Osten 5,5 Prozentpunkte, im Westen 6,7 Prozentpunkte).

Der Rückgang der gesamtdeutschen Zustimmung zu Sanktionen lässt sich insgesamt also nicht allein durch die Entwicklung in einem Landesteil erklären. Vielmehr ist der Rückgang in beiden Landesteilen erkennbar. In Westdeutschland fällt er sogar stärker aus, obwohl dort weiterhin ein deutlich höheres Zustimmungsniveau besteht. Regressionsergebnisse weisen darauf hin, dass der Ost-West-Unterschied auch dann bestehen bleibt, wenn gleichzeitig soziodemografische Merkmale und politische Einstellungen berücksichtigt werden. Regionale und historisch geprägte Erfahrungen erscheinen so als ein wichtiger Erklärungsfaktor für die derzeitige Unterstützung der Sanktionen.

Abbildung 2-2: Antwortverteilung zu den EU-Sanktionen in West- und Ostdeutschland im Zeitvergleich (in Prozent)



Anmerkungen: N = Ostdeutschland 445 (EB 104) bzw. 478 (EB 105); Westdeutschland 991 bzw. 922. „Weiß nicht"-Antworten sind nicht enthalten.

Quelle: Europäische Kommission, 2026c; 2026d; eigene Berechnungen

2.3 Höhere Zustimmung bei höherer Bildung

Der gesamtdeutsche Rückgang der Sanktionsbefürwortung zeigt sich auch innerhalb verschiedener Bildungsgruppen.[3] Den stärksten Rückgang an Sanktionsunterstützern verzeichnet die Gruppe mit dem niedrigsten Bildungsniveau: In dieser Gruppe stimmten im Frühjahr 2026 noch 70,6 Prozent den Sanktionen vollständig oder tendenziell zu, im Herbst 2025 waren es noch 79,3 Prozent. Bei den Befragten mit mittlerem Bildungsniveau liegt die Zustimmung in der jüngeren Erhebung bei 72,3 Prozent. Unter den Befragten mit höchstem Bildungsniveau beträgt sie etwas mehr als 80 Prozent. Die Unterschiede zwischen den Bildungsgruppen sollten nicht als über alle Befragungswellen hinweg konstante Rangfolge interpretiert werden, denn die Bildungsgruppen zeigen keinen gleichmäßigen zeitlichen Trend. Ergebnisse eines multivariaten Regressionsmodells weisen darauf hin, dass höher gebildete Befragte, verglichen mit der Gruppe mit dem niedrigsten Bildungsniveau, eine stärker zustimmende Sanktionsposition haben. Der Bildungsunterschied bleibt somit auch unter Berücksichtigung weiterer Merkmale zur Erklärung der Sanktionsbewertung signifikant erkennbar. Das verdeutlicht, wie wichtig (politische) Bildung für die Akzeptanz von Sanktionen ist.

Zwischen verschiedenen Altersgruppen ergeben sich interessante zeitliche Entwicklungen in der Sanktionsbewertung: Während in fast allen Altersgruppen ein Rückgang der Zustimmung zu Sanktionen erkennbar ist, fällt dieser bei den Jüngsten und Ältesten besonders stark aus. In der Altersgruppe der 15- bis 24-Jährigen sinkt der Anteil der Befürworter von Herbst 2025 auf Frühjahr 2026 um fast 10 Prozentpunkte (von rund 81 Prozent auf knapp 71 Prozent), bei den über 65-Jährigen um fast 7 Prozentpunkte (von 81 auf 74 Prozent).[4]

Soziodemografische und -ökonomische Merkmale erfassen das gesellschaftliche Meinungsbild jedoch nur teilweise. Bildung weist im multivariaten Regressionsmodell einen statistisch signifikanten Zusammenhang mit der Sanktionshaltung auf. Für Alter, Geschlecht, Schicht und finanzielle Schwierigkeiten ergeben sich dagegen keine eindeutigen Zusammenhänge mit der Sanktionsbewertung, wenn die Merkmale gemeinsam betrachtet werden. Für die weitere Einordnung könnten daher politische Einstellungen und die Bewertung politischer Institutionen besonders relevant sein.

2.4 Polarisierung entlang politischer Grundhaltungen

Da die Sanktionen EU-weit beschlossen und getragen werden, ist die EU als Absender der Sanktionen ein entscheidender politischer Akteur, auch in der Wahrnehmung der Bevölkerung. So unterscheiden sich Sanktionsbefürworter und -gegner deutlich in ihrer Einstellung zur EU: Unter den Befragten mit einem positiven EU-Bild befürworten neun von zehn die Sanktionen gegen Russland. Bei einem neutralen EU-Bild liegt die

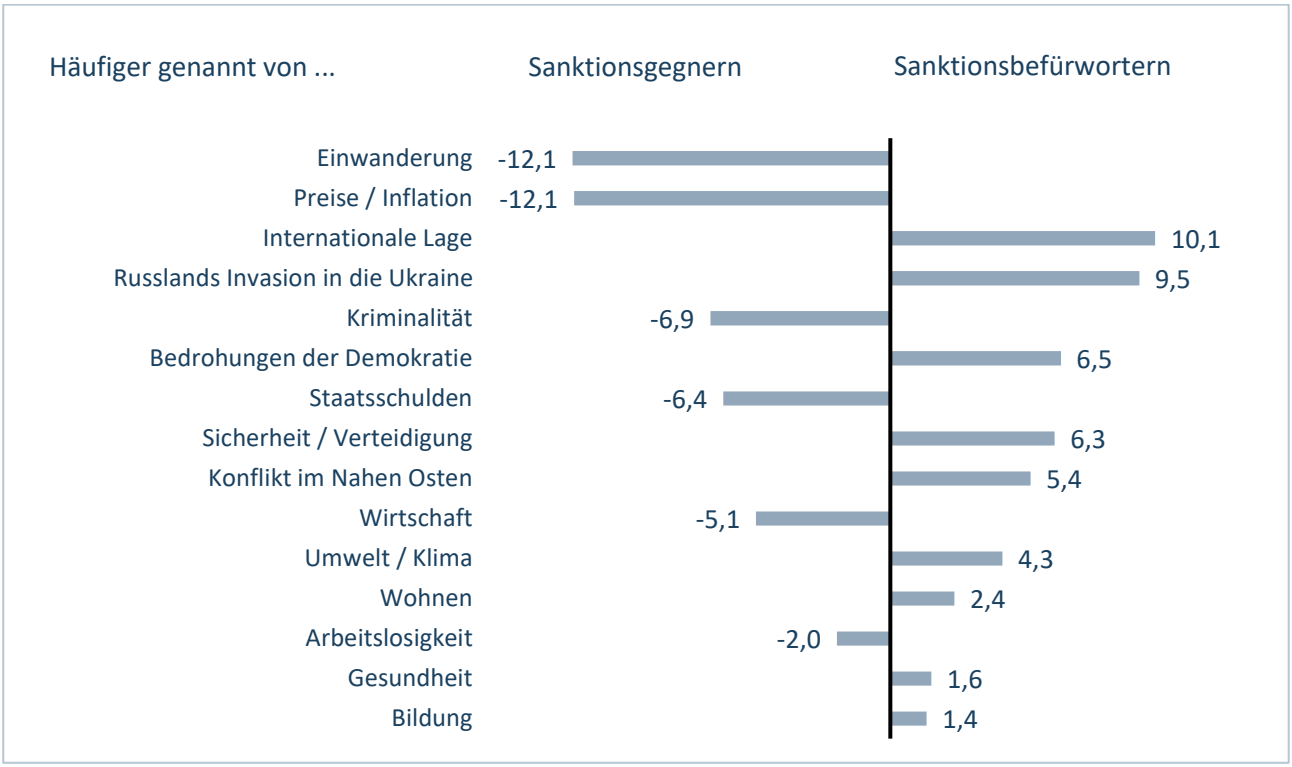
[3] Die Bildungsniveaus werden entsprechend dem ISCED-Standard in drei Gruppen zusammengefasst. Das niedrigste Bildungsniveau umfasst den Primarbereich und den Sekundarbereich I. Zum mittleren Bildungsniveau zählen der Sekundarbereich II und der postsekundare Bereich. Der Tertiärbereich bildet das höchste Bildungsniveau.

[4] Zwischen Frauen und Männern zeigen sich nur geringe deskriptive Unterschiede in der Sanktionshaltung. Im multivariaten Modell ergibt sich für das Geschlecht kein statistisch eindeutiger Zusammenhang. Ein über beide Wellen konstanter Zusammenhang zeigt sich auch bei finanziellen Schwierigkeiten nicht. Im Herbst 2025 fällt die Zustimmung bei Befragten mit häufigeren Schwierigkeiten beim Bezahlen von Rechnungen niedriger aus. Im Frühjahr 2026 ist dieses Muster jedoch nicht in gleicher Weise erkennbar. Ähnliches gilt für die subjektive Schichtzugehörigkeit. Im Herbst 2025 steigt die Zustimmung von der Arbeiter- bis zur oberen Mittelschicht. In der jüngeren Erhebung liegt diese Staffelung nicht mehr vor. Auffällig ist dort insbesondere die niedrige Zustimmung unter Befragten, die sich der unteren Mittelschicht zuordnen. In dieser Gruppe sinkt die zusammengefasste Zustimmung von 71,8 auf knapp unter 64 Prozent.

Zustimmung noch bei zwei Drittel und unter denen, die ein negatives Bild von der EU haben, stimmt nur noch jeder Zweite den Sanktionen zu. Ähnliche Unterschiede zeigen sich bei der Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland. Unter den Befragten, die mit der Demokratie zufrieden sind, unterstützen 88 Prozent die Sanktionen – bei denjenigen, die mit der Demokratie unzufrieden sind, sind es immerhin noch zwei Drittel. Die Zustimmung zu den Sanktionen geht jedoch in beiden Gruppen zurück: Unter den mit der Demokratie zufriedenen Befragten sinkt die Akzeptanz von Sanktionen um fast 5 Prozentpunkte, während sie unter den Unzufriedenen mit 9 Prozentpunkten stärker zurückgeht. Die Polarisierung in der Sanktionsbewertung entlang der Demokratiezufriedenheit nimmt somit weiter zu. Da beide politische Einstellungen im multivariaten Regressionsmodell auch unter Kontrolle weiterer Merkmale mit einer höheren Akzeptanz von Sanktionen einhergehen, liegt die Vermutung nahe, dass Demokratiezufriedenheit und ein positives Bild der EU die Zustimmung zu Sanktionen nachhaltig stärken könnten, wobei die Wirkungsrichtung nicht eindeutig bestimmbar ist.

Ergänzend zu den politischen Einstellungen unterscheiden sich Sanktionsbefürworter und -gegner in der Bewertung der politischen und ökonomischen Probleme Deutschlands. Als dringendstes Problem sehen sowohl Sanktionsbefürworter als auch Sanktionsgegner die Preisentwicklung bzw. Inflation. Jedoch ist das Ausmaß, in dem Sanktionsgegner die Preisentwicklung als Problem sehen größer als bei den Sanktionsbefürwortern. Sanktionsgegner geben Preise und Inflation rund 12 Prozentpunkte häufiger als Problem an als Sanktionsbefürworter. Ebenso schätzen sie die Einwanderung als ein viel größeres Problem ein (Abbildung 2-3). Umgekehrt nennen Sanktionsbefürworter häufiger die internationale Lage und die russische Invasion als Problem. Hier beträgt der Unterschied zu den Sanktionsgegnern rund zehn Prozentpunkte. Die politischen Problembewertungen der beiden Gruppen unterscheiden sich damit deutlich: Befragte, die den Sanktionen zustimmen, gewichten internationale und sicherheitspolitische Themen stärker. Für Befragte, die die Sanktionen ablehnen, haben wirtschaftliche und innenpolitische Probleme ein höheres Gewicht.

Abbildung 2-3: Nationale Themen mit den größten Unterschieden zwischen Sanktionsbefürwortern und Sanktionsgegnern in Deutschland, EB 105 (Differenz in Prozentpunkten)



Anmerkungen: N = 1.400, davon 1.005 Sanktionsbefürworter und 395 Sanktionsgegner. „Weiß nicht"-Antworten zur Sanktionsfrage (N = 115) sind nicht enthalten. Dargestellt ist die Differenz zwischen dem Anteil der Sanktionsbefürworter und dem Anteil der Sanktionsgegner, die ein Thema als eines der dringendsten Probleme Deutschlands nennen. Positive Werte bedeuten, dass das Thema häufiger von Befürwortern genannt wird, negative Werte, dass es häufiger von Gegnern genannt wird. Befragte konnten bis zu zwei Themen nennen, daher ergeben die Anteile nicht 100 Prozent. Befürworter: „stimme voll oder eher zu"; Gegner: „stimme eher nicht oder überhaupt nicht zu".
Quellen: Europäische Kommission, 2026c; 2026d; eigene Berechnungen

Vor diesem Hintergrund ist die Einstellung zu Russland ein interessanter Faktor für die Akzeptanz der Sanktionen. Insgesamt nimmt die deutsche Bevölkerung Russland weniger als eine Sicherheitsbedrohung wahr. Im Herbst 2025 sahen rund 80 Prozent der Befragten die Invasion der Ukraine als Bedrohung für Deutschland, im Frühjahr 2026 noch rund 75 Prozent. Der Anteil derjenigen, die keine Bedrohung durch Russland wahrnehmen, stieg damit um 5 Prozentpunkte. Zwischen Ost- und Westdeutschland zeigen sich dabei deutliche Unterschiede: In Ostdeutschland wird Russland seltener als Sicherheitsbedrohung wahrgenommen (64 Prozent) als in Westdeutschland (78 Prozent). Der Rückgang der Bedrohungswahrnehmung fällt im Osten mit 6 Prozentpunkten ebenfalls stärker aus. Die Einstellung zu Russland hängt eng mit der Sanktionshaltung zusammen: Im Frühjahr 2026 unterstützen rund 86 Prozent der Befragten, die die russische Invasion als Bedrohung sehen, die Sanktionen. Unter denjenigen, die Russland nicht als Bedrohung wahrnehmen, sind es rund 43 Prozent. Ein Rückgang der Bedrohungswahrnehmung kann daher die Unterstützung für die Sanktionen zusätzlich schwächen.

Multivariate Regressionsergebnisse zeigen ebenfalls, dass die Wahrnehmung des Krieges in der Ukraine als sicherheitspolitische Bedrohung für die Sanktionshaltung besonders relevant ist, selbst wenn Ost-West-Unterschiede und andere soziodemografische Faktoren herausgerechnet werden. Auch frühere Studien zeigten, dass die Ablehnung gegenüber Sanktionen nicht aus rein ökonomischen Motiven zu erklären ist. In der IW-Personenbefragung von 2023 waren Befragte, die Sanktionen aufgrund ihrer ökonomischen Wirkung kritisch

gegenüberstanden, Russland gegenüber am freundlichsten eingestellt – so gab ein Drittel dieser ökonomischen Sanktionsgegner an, Russland sei ein verlässlicher Handelspartner (Diermeier/Fremerey, 2023). Damit wird die These unterstützt, dass regionale und kulturell geprägte Einstellungsmuster gegenüber Russland die Sanktionsbewertung entscheidend prägen.

3 Sicht deutscher Unternehmen auf Sanktionen

Der Großangriff Russlands auf die Ukraine markierte auch für die deutsche Wirtschaft einen Bruch. Bereits kurz nach Beginn des offenen Krieges im Februar 2022 kam es zu raschen Solidaritätsbekundungen der Wirtschaft mit der Ukraine. Zahlreiche Unternehmen und Verbände hissten Banner in Ukraine-Farben, doch es blieb nicht nur bei symbolischen Handlungen. Unternehmen und Verbände trugen die weitreichenden Handels- und Technologiesanktionen der Europäischen Union gegen Russland und seinem engen Verbündeten Belarus mit, obwohl diese teils erhebliche wirtschaftliche Einbußen bedeuteten, insbesondere durch Ausfuhrverbote und Exportkontrollen. Der Krieg bewegte auch den Ost-Ausschuss der deutschen Wirtschaft – der zentrale Interessensverband für Geschäfte nach Russland und Osteuropa – zu einer Kehrtwende. Der damalige Vorsitzende des Ost-Ausschusses, Oliver Hermes, erklärte im April 2022: „Wir unterstützen ohne Vorbehalte die Sanktionen, um diesen furchtbaren Krieg schnellstmöglich zu beenden“. Gleichzeitig verwies er auf Auftragseinbrüche, Zahlungsausfälle und die Notwendigkeit, kurzfristig neue Absatzmärkte zu erschließen (Ost-Ausschuss, 2022). Ähnliche Reaktionen kamen von Branchenverbänden, die allesamt über ein hohes Maß an Zustimmung ihrer Mitglieder berichteten, trotz aller wirtschaftlichen Herausforderungen (ZVEI, 2022; Bitkom, 2022; IHK, 2022).

Im April 2023 erklärten der Ost-Ausschuss und der Bundesverband der Deutschen Industrie dagegen gemeinsam, die deutsche Wirtschaft stehe „vollumfänglich hinter dem Russlandembargo der EU“. Sie forderten zugleich wirksamere Instrumente gegen Sanktionsumgehungen. Aus der institutionellen Interessenvertretung für das Russlandgeschäft entwickelte sich damit ein Verband, der die wirtschaftliche Unterstützung der Ukraine und die Durchsetzung des Embargos ausdrücklich zu seinen Anliegen machte (Ost-Ausschuss, 2021; Ost-Ausschuss/BDI, 2023).

Diese Position ist vor dem Hintergrund der langjährigen Wirtschaftsbeziehungen zu Russland bemerkenswert. Noch im Februar 2021 veröffentlichte der Ost-Ausschuss einen Beitrag seines Vorsitzenden zum „Widersinn von Wirtschaftssanktionen“ im Zusammenhang mit Nord Stream 2. Deutsche Unternehmen hatten Russland über Jahrzehnte als Absatzmarkt und Produktionsstandort erschlossen und waren mit dem Gas-Röhren-Geschäft 1970 schon sehr früh wirtschaftlich mit Russland verflochten. Gerade für den Maschinen- und Anlagenbau war der russische Markt von Bedeutung. Der Krieg stellte nicht nur einzelne Geschäftsbeziehungen infrage, sondern auch die Erwartung, dass wirtschaftliche Verflechtung dauerhaft politische Stabilität und Sicherheit in friedlicher Koexistenz fördern könne (FAZ, 2022).

Im Jahrbuch 2026 beschreibt der Ost-Ausschuss diese Neuorientierung als dauerhaften Bestandteil seiner Arbeit und konzentriert sich dabei explizit auf die zukünftigen Beziehungen zur Ukraine, die gestärkt werden sollen: „Die Bemühungen um die Beteiligung der privaten Wirtschaft am Wieder- und Neuaufbau dieses Landes sind inzwischen Teil der Ost-Ausschuss-DNA geworden (…)“ (Ost-Ausschuss, 2026a, 8). Auch die Mitgliederentwicklung verweist auf eine veränderte geografische Ausrichtung. Seit Mitte 2025 habe der Verband mehr als 50 Unternehmen aufgenommen, darunter viele mit verstärktem Interesse an der Ukraine und Zentralasien (Ost-Ausschuss, 2026a).

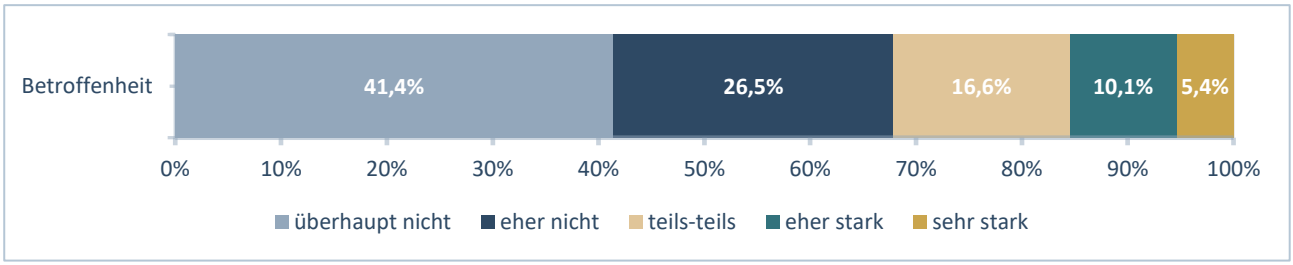
3.1 Das Russland-Geschäft der deutschen Unternehmen

Die Neuorientierung der Verbände ist sowohl eine politisch konsequente Entscheidung als auch eine Anerkennung einer neuen wirtschaftlichen Realität. Im Juli 2026 erweiterte die EU ihr Sanktionsregime um ein 21. Paket. Das Resultat dieser Sanktionierung und der Gegensanktionen aus Russland ist ein stark dezimierter Warenhandel. In den Jahren nach 2022 schrumpfte der deutsch-russische Warenhandel stetig auf nur noch einen Bruchteil seines Vorkriegsniveaus. Berechnungen zu UN Comtrade-Handelsdaten zeigen, dass Deutschland im Jahr 2025 Waren im Wert von 6,9 Milliarden Euro nach Russland exportierte (UN Comtrade, 2026). Die Einfuhren beliefen sich auf 1,2 Milliarden Euro. Dies bedeutet einen preisbereinigten Rückgang von etwa 80 Prozent des gesamten Warenhandels gegenüber 2021. Die noch verbleibenden bedeutenden Ausfuhrprodukte waren pharmazeutische Erzeugnisse mit rund 2,5 Milliarden Euro, chemische Erzeugnisse mit 788 Millionen Euro, Maschinen mit 773 Millionen Euro sowie Nahrungsmittel mit rund 730 Millionen Euro. Auf der Einfuhrseite entfielen die verbliebenen Geschäfte vor allem auf Metalle, chemische Erzeugnisse und Nahrungsmittel (Destatis, 2026). Energielieferungen, insbesondere LNG, erreichen Deutschland nur noch sehr eingeschränkt über das europäische Energienetz.

Während deutsche Unternehmen auf der Importseite vor allem indirekt durch steigende Energiepreise von Sanktionen und Gegensanktionen betroffen sind, fiel auf der Exportseite für zahlreiche Branchen die neuntgrößte Volkswirtschaft und ein Markt von rund 145 Millionen Konsumenten weg. Sanktionen sind aber nicht der einzige Grund, warum Unternehmen sich aus dem russischen Markt zurückzogen. Zum einen verzichteten viele Unternehmen freiwillig auf ihr Russlandgeschäft, da sie mit einer Kombination aus rechtlichen Unsicherheiten, Reputationsrisiken und divergierenden internationalen Sanktionsregimen konfrontiert waren (Ost-Ausschuss, 2026b). Zum anderen erschwerten russische Gegensanktionen – darunter Kapitalverkehrsbeschränkungen, Enteignungen und Geschäftsverbote – wirtschaftliche Aktivitäten deutscher Unternehmen erheblich. Hinzu kommt die Rechtsunsicherheit im autokratischen System unter Putin. Der starke Einbruch der Exporte nach Russland ist branchenübergreifend eng mit Sanktionen, Gegensanktionen und den allgemeinen Kriegsfolgen verknüpft.

Die Unsicherheit darüber, ob ein Geschäft unter Sanktionierung fällt oder nicht, betrifft inzwischen auch Geschäfte ohne unmittelbaren Russlandbezug. Der Ost-Ausschuss berichtet von Unternehmen, die aus Sorge vor Sanktionsverstößen auf zulässige Geschäfte in Zentralasien und im Südkaukasus verzichten. Eine solche Overcompliance, also die vorsorgliche Beschränkung der Geschäftstätigkeit über die rechtlichen Anforderungen hinaus, bindet zugleich behördliche Kapazitäten. Nach einer im September 2026 durchgeführten Schätzung des Bundeswirtschaftsministeriums wurden rund 90 Prozent der mehr als 3.000 jährlich beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle beantragten Nullbescheide unnötig beantragt, weil keine konkreten Verdachtsmomente vorlagen (Ost-Ausschuss, 2026c). Denn den Kosten übervorsichtiger Prüfungen stehen reale Umgehungsrisiken gegenüber. Zugleich steigt die Anzahl von Ermittlungen gegen tatsächliche Sanktionsumgehung, die auf immer komplexere russische Beschaffungsnetzwerke zurückgehen (ebd.).

Abbildung 3-1: Betroffenheit deutscher Unternehmen von Sanktionen gegen Russland und Belarus



Anmerkungen: N = 1.002 ohne Antworten „weiß nicht“ und „nicht beantwortet“. Zugrunde liegende Frage: Wie stark spüren Sie in Ihrem Unternehmen Auswirkungen der EU-Sanktionen gegen Russland und Belarus?
Quelle: IW-Zukunftspanel, Welle 54, 2026

Ein Großteil der deutschen Unternehmen gibt im Jahr 2026 an, nicht von Russland-Sanktionen betroffen zu sein (Abbildung 3-1). 41 Prozent geben an, überhaupt nicht betroffen zu sein von Exportbeschränkungen auf der einen, und Handelsembargos auf der anderen Seite zu sein. 26,5 Prozent berichten von geringer Betroffenheit, 16,6 Prozent haben eine unentschiedene Einschätzung und 10 Prozent seien eher stark und 5,4 Prozent sehr stark betroffen. Unterschiede bestehen zwischen Größe, Branche und regionalem Standort. Größere Unternehmen berichten häufiger von spürbaren Sanktionsfolgen als kleinere Unternehmen, 41 gegenüber 31 Prozent. In der Metall- und Elektroindustrie nehmen mehr als die Hälfte der Unternehmen Sanktionsfolgen wahr und 29 Prozent berichten von starken oder sehr starken Auswirkungen. 25 Prozent der Unternehmen in Ostdeutschland berichten von starken oder besonders starken Auswirkungen der Sanktionen, im Westen sind es 13 Prozent.

Die Unterstützung des sanktionspolitischen Kurses führte allerdings nicht zu einem einheitlichen Rückzug aller Unternehmen. Dabei sind die Ablehnung von Sanktionen, die Kritik an der konkreten Ausgestaltung und die Fortsetzung rechtlich zulässiger Geschäfte auseinanderzuhalten. Einige deutsche Unternehmen sind durch bestehende Produktionsanlagen vor Ort stärker gebunden, teils durch Sanktionen und Gegensanktionen der russischen Seite. So kam es nach dem russischen Importverbot für Milchprodukte aus der EU im Jahr 2014 zum Aufbau von Produktionskapazitäten in der Russischen Föderation. Ein Rückzug aus dem russischen Markt konnte nach 2022 auch nur den Exportkanal betreffen bei gleichzeitigem Festhalten an lokalen Produktionsstätten, Belegschaften und lokalen Lieferbeziehungen (Goebel, 2023).

Auf der Importseite verdeutlicht die PCK-Raffinerie in Schwedt die Folgen einer technisch verfestigten Rohstoffabhängigkeit, ihre Anlagen waren auf russisches Rohöl ausgerichtet. Nach dem Verzicht auf dessen Verarbeitung zum Jahresbeginn 2023 erforderte der Einsatz anderer Rohölsorten technische Anpassungen und neue Investitionen. Zugleich verlangte die Geschäftsführung im Februar 2026 eine dauerhafte Befreiung von den drohenden US-Sanktionen, die den Betrieb wegen der Verbindung zum russischen Anteilseigner Rosneft belasteten. Der Fall zeigt deshalb, dass Kritik an Sanktionen nicht zwangsläufig eine grundsätzliche Ablehnung der Russland-Sanktionen darstellen muss, sondern den Konflikt zwischen ihrer konkreten Wirkung, regionaler Versorgungssicherheit und hohen Umstellungskosten beinhalten kann (PCK Raffinerie GmbH, 2026a; 2026b).

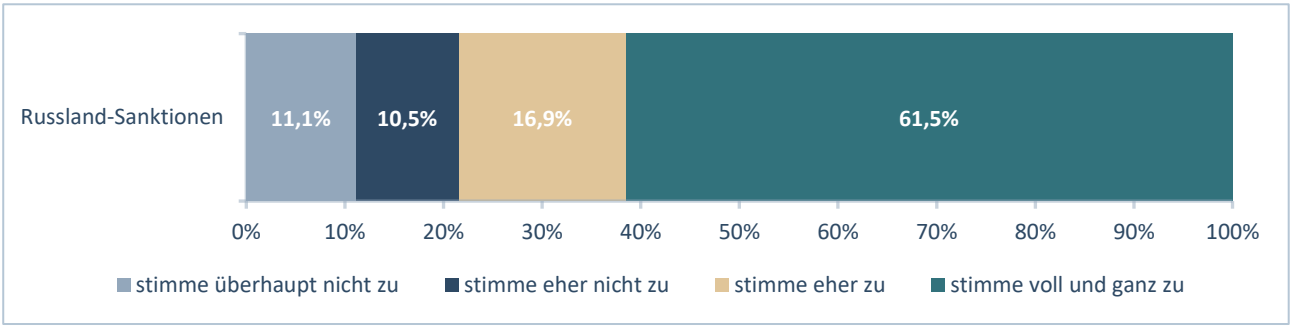
Die oben genannten Beispiele legen nahe, dass sich Vorbehalte und fortgesetztes Engagement vor allem dort erklären lassen, wo ein bedeutender Absatzmarkt kurzfristig schwer zu ersetzen ist, Unternehmen über

gebundenes Kapital vor Ort verfügen oder technische Abhängigkeiten den Wechsel von Bezugsquellen erschweren. Darüber hinaus kann es noch weitere, nicht wirtschaftliche Gründe dafür geben, dass die Bewertung der Sanktionen gegen Russland unterschiedlich ausfällt.

Die vom Institut der deutschen Wirtschaft zwischen dem 02.06.2026 und dem 17.08.2026 durchgeführte Befragung von 1.039 Unternehmen zeigt eine breite Unterstützung der Sanktionen gegen Russland. Zugleich unterscheiden sich die Einstellungen nach unterschiedlichen Charakteristika wie Unternehmensgröße, Branche und regionalem Standort. Diese Unterschiede erlauben eine erste Einordnung möglicher Einflussfaktoren, ohne deren eigenständige Wirkung bereits kausal nachzuweisen.

3.2 Breite Zustimmung mit einem sichtbaren Gegenlager

Abbildung 3-2: Zustimmung zu Russland-Sanktionen



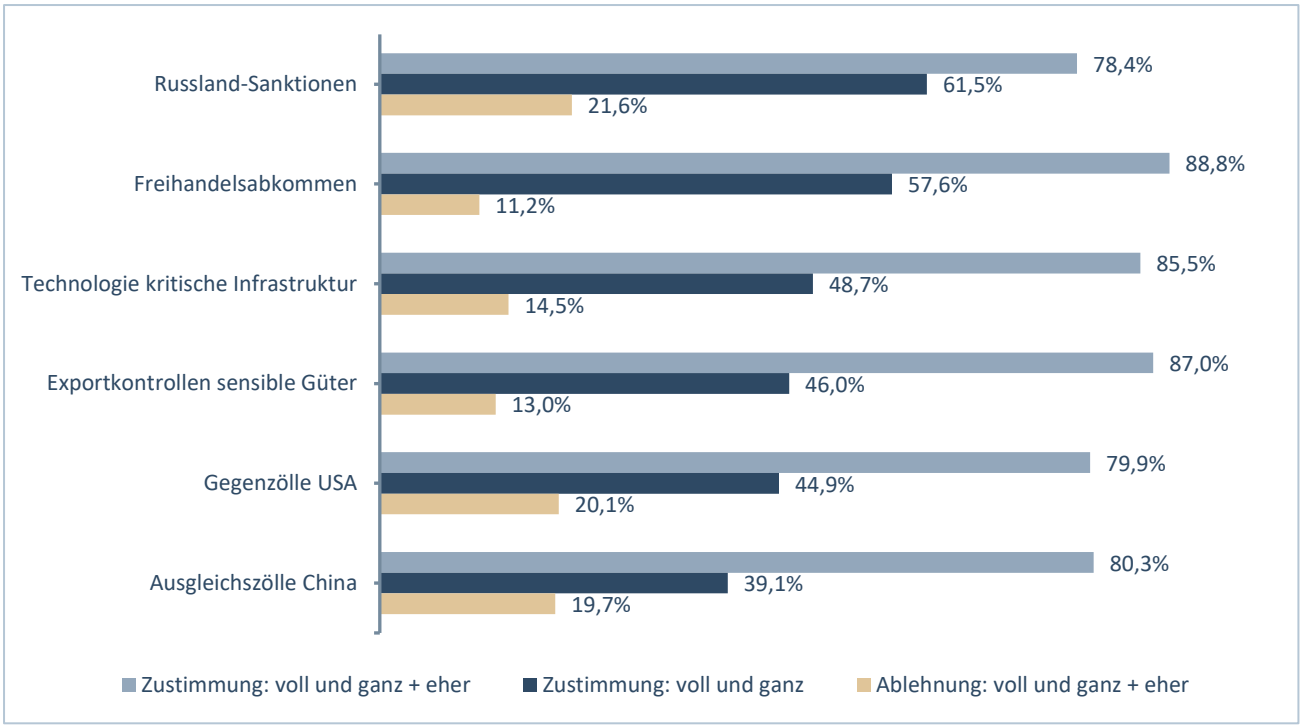
Anmerkung: N = 1.039, Antworten zu „weiß nicht“ und „nicht beantwortet“ N = 70. Zugrunde liegende Frage: Inwieweit befürworten Sie die Sanktionen der EU gegen Russland als geopolitische Maßnahmen?
Quelle: IW-Zukunftspanel, Welle 54, 2026

Die Sanktionspolitik der Bundesregierung und der EU verfügt über einen deutlichen Rückhalt in der deutschen Unternehmenslandschaft. Deutlich mehr als drei Viertel (78 Prozent) der Unternehmen unterstützen die Sanktionen gegen Russland, 61,5 Prozent sogar voll und ganz (Abbildung 3-2). Dieser Befund ist angesichts der wirtschaftlichen Belastungen durch den Krieg und der multiplen Krisenlage bemerkenswert. Das Gegenlager bleibt trotz der klaren Mehrheitsverhältnisse dennoch relevant. Denn rund jedes zehnte Unternehmen lehnt die Sanktionen vollständig ab und ein weiteres Zehntel unterstützt sie eher nicht. Zusammengenommen ergibt sich damit eine ablehnende Gruppe von rund einem Fünftel der Befragten. Die deutsche Wirtschaft vertritt in dieser Frage folglich keine einheitliche Position, wenngleich die Befürworter in der großen Mehrheit sind.

Der Vergleich mit den weiteren abgefragten außenwirtschaftlichen und geopolitischen Maßnahmen zeigt, dass die Russland-Sanktionen besonders energisch unterstützt werden. Unter anderem wurden die Unternehmen zum Ausschluss ausländischer Technologie aus kritischer Infrastruktur, zu Exportkontrollen sensibler Güter, zu Zöllen gegenüber den USA und China sowie zu Freihandelsabkommen mit Drittländern befragt. Bei den Russland-Sanktionen fällt sowohl der Anteil der vollständigen Zustimmung als auch der Anteil der vollständigen Ablehnung am höchsten aus (Abbildung 3-3). Das Thema mobilisiert damit auf beiden

Seiten besonders entschiedene Positionen. Es verbindet einen breiten Rückhalt mit einer ausgeprägten Gegnerschaft in einer kleineren Unternehmensgruppe.

Abbildung 3-3: Zustimmung und Ablehnung zu geopolitischen Maßnahmen



Anmerkungen: N = 1.039. Ohne Antworten „weiß nicht“ und „nicht beantwortet“.
Quelle: IW-Zukunftspanel, Welle 54, 2026

3.3 Differenzierungen nach Merkmalen

Branchen

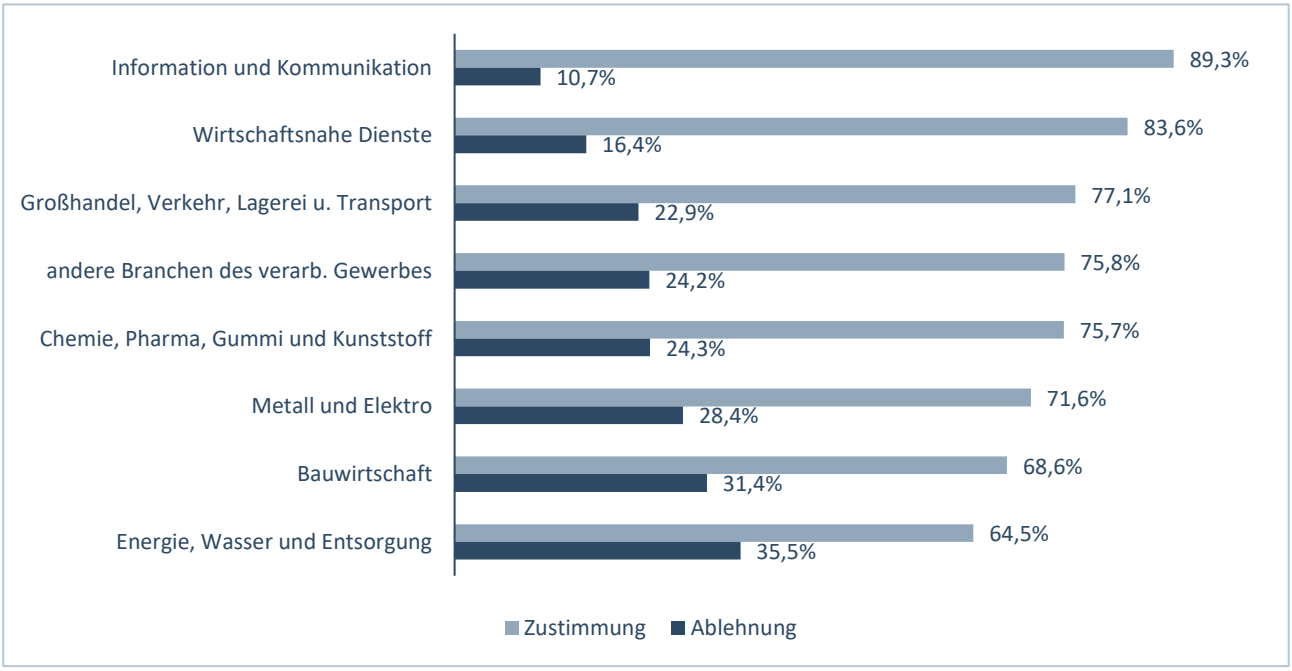
Ein deutlicher und zugleich statistisch signifikanter Unterschied zeigt sich zwischen dem produzierenden Gewerbe und den übrigen Wirtschaftsbereichen. Im gesamten produzierenden Gewerbe unterstützen 71 Prozent der Unternehmen die Sanktionen, außerhalb dieses Wirtschaftsbereichs sind es 83 Prozent. Die Zustimmung beim produzierenden Gewerbe liegt damit um 12 Prozentpunkte niedriger. Umgekehrt beträgt die Ablehnung im produzierenden Gewerbe 29 Prozent gegenüber 16 Prozent in den übrigen Bereichen, ein Abstand von 13 Prozentpunkten.

Mit zunehmender Branchentiefe zeigen sich weitere Differenzierungen (Abbildung 3-4). Besonders aufschlussreich ist das Profil der Metall- und Elektroindustrie. Ihre Zustimmung zu den Russland-Sanktionen liegt mit 72 Prozent sichtbar unter dem Wert des restlichen verarbeitenden Gewerbes mit 76 Prozent. Freihandelsabkommen werden dagegen von 88 Prozent der M&E-Unternehmen unterstützt, gegenüber 86 Prozent im restlichen verarbeitenden Gewerbe. Wie der Rest des verarbeitenden Gewerbes befürwortet die M&E-Industrie sehr stark internationale Wirtschaftsbeziehungen und kann dabei offenbar weniger auf Russland verzichten als der Rest des verarbeitenden Gewerbes. Belastungen durch den Krieg wie die Kostenentwicklung und den Verlust von Absatzmöglichkeiten könnten für die Branche stärker ins Gewicht fallen durch eine besonders hohe Abhängigkeit von Russland. Jeder zweite Betrieb gibt an, durch die Sanktionen belastet zu sein. Dennoch unterstützen mehr als sieben von zehn Unternehmen dieser Branche die Sanktionen. Dies

zeigt, dass Unternehmen auch trotz wirtschaftlicher Kosten Maßnahmen aus moralischen und außen- oder sicherheitspolitischen Gründen befürworten können.

Auch die Bauwirtschaft war erheblichen Belastungen ausgesetzt. Hohe Bau- und Materialpreise erschwerten die Durchführung neuer Bauprojekte in den vergangenen Jahren. Die Bruttowertschöpfung des Baugewerbes sank in den Jahren 2024 und 2025 jeweils preisbereinigt um 3,8 Prozent bzw. 3,6 Prozent (Destatis, 2025). Auch im Jahr 2026 überwiegen die negativen Geschäftserwartungen in der Branche (Henger/Voigtländer, 2026). Die Schwäche der Baukonjunktur bildet damit einen möglichen Hintergrund für verhaltene Einstellungen, die in der Branche ausgeprägt sind. Nur 69 Prozent der Unternehmen unterstützen die Sanktionen, das ist weniger als im übrigen produzierenden Gewerbe. Mit 31 Prozent Ablehnung ist das Gegenlager in der Bauindustrie sichtbar ausgeprägt.

Abbildung 3-4: Zustimmung und Ablehnung der Russland-Sanktionen nach Branche



Anmerkungen: N = 969 ohne Antworten „weiß nicht“ und „nicht beantwortet“. Auf die Branche Energie, Wasser und Entsorgung entfallen 39 Fälle.
Quelle: IW-Zukunftspanel, Welle 54, 2026

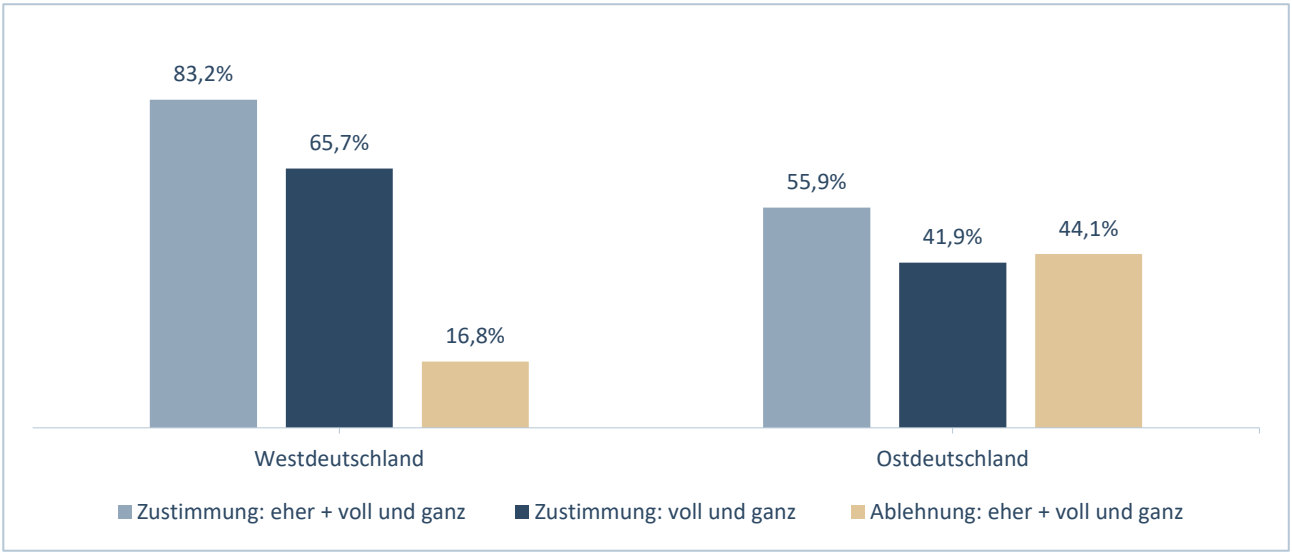
Noch geringer fällt die Unterstützung in der Energiewirtschaft aus, die mit knapp zwei Dritteln (64,5 Prozent) Zustimmung aber immer noch deutlich über der Hälfte der befragten Unternehmen liegt. Über ein Drittel (36 Prozent) lehnen die Sanktionen ab. Energieunternehmen können je nach Geschäftsmodell zwar auch von höheren Energiepreisen profitieren, zugleich steigen aber die Beschaffungskosten und wirtschaftliche Risiken bis hin zum Produktionsausfall, wenn, wie im Falle der Raffinerien, der Bezug einseitig auf russisches Erdöl ausgelegt war. Zugleich lassen die Ergebnisse keine komplett andere Interpretation zu: Die Haltung zu den Sanktionen liegt in ähnlichen Bereichen wie die Bauwirtschaft, und gleichzeitig ist die Energiewirtschaft von einem Handelsembargo mit Kohle, Gas und Öl besonders betroffen. Einschränkend bleibt bei dieser Unternehmensgruppe festzuhalten, dass die Stichprobe der Branche mit 47 befragten Unternehmen bei einer Gesamtstichprobe von 1.039 Fällen gering ausfällt und die Interpretationsfähigkeit der Ergebnisse damit einschränkt.

Ost- und Westdeutschland

In Westdeutschland unterstützt mit über 83 Prozent eine sehr große Mehrheit die Sanktionen, fast zwei Drittel unterstützen sie sogar voll und ganz, wohingegen in Ostdeutschland die grundsätzliche Zustimmung bei 56 Prozent liegt und weniger als die Hälfte voll und ganz hinter den Sanktionen stehen (Abbildung 3-5). Damit überwiegt auch im Osten die Zustimmung, allerdings wesentlich knapper als im Westen. Besonders deutlich fällt die Differenz bei der Ablehnung aus: In Ostdeutschland lehnen 44 Prozent der Unternehmen die Sanktionen ab, in Westdeutschland sind es nur knapp 17 Prozent. Die vollständige Ablehnung der Sanktionen liegt im Osten mit 27 Prozent sichtbar hoch, wohingegen im Westen dies nur von einer kleinen Minderheit von 7 Prozent unterstützt wird. Auch im multivariaten Regressionsmodell ist dieser Unterschied statistisch hochsignifikant, auch dann, wenn Merkmale wie Unternehmensgröße und Branche herausgerechnet werden.

Die Diskrepanz zwischen Ost und West in Bezug auf Russland kann nicht mit einer unterschiedlichen Bewertung von internationalen Verflechtungen erklärt werden. Der Vergleich mit der Einstellung zu Freihandelsabkommen zeigt, dass ostdeutsche Unternehmen den Außenhandel zwar etwas zurückhaltender positiv bewerten als Westdeutsche (85 vs. 90 Prozent), er aber immer noch von einer großen Mehrheit unterstützt wird. Vielmehr zeigt der Unterschied zwischen West und Ost bei der Frage nach Sanktionen, ob Unternehmen bereit sind, wirtschaftliche Beziehungen aus außen- und sicherheitspolitischen Gründen einzuschränken. Westdeutsche Unternehmen unterstützen diesen Kurs wesentlich häufiger. Ostdeutsche Unternehmen äußern deutlich stärkere Vorbehalte gegenüber den Russland-Sanktionen. Unterschiedliche wirtschaftliche Belastungen, historische Erfahrungen und politische Bewertungen des Konflikts kommen als Erklärungen hierfür infrage. Die Befragung erlaubt es allerdings nicht, diese Deutung unmittelbar zu belegen. Insbesondere lässt sich die Zustimmung zu den Sanktionen nicht ohne Weiteres auf eine unterschiedliche Bedrohungswahrnehmung zurückführen. Ostdeutsche Unternehmen berichten sogar häufiger von spürbaren hybriden Bedrohungen, für die allen voran Russland verantwortlich ist (Gerards Iglesias et al., 2026).

Abbildung 3-5: Zustimmung und Ablehnung der Sanktionen nach Region



Anmerkung: N = 969 ohne Antworten „weiß nicht“ und „nicht beantwortet“. Auf die Branche Energie, Wasser und Entsorgung entfallen 39 Fälle.
Quelle: IW-Zukunftspanel, Welle 54, 2026

Unternehmensgröße

Die Zustimmung zu den Russland-Sanktionen fällt bei Unternehmen ab 50 Beschäftigten mit knapp 86 Prozent um 8 Prozentpunkte höher aus als bei Kleinst- und Kleinunternehmen mit bis zu 49 Beschäftigten (78 Prozent). Umgekehrt lehnen kleinere Unternehmen die Sanktionen mit 22 Prozent häufiger ab als Unternehmen ab 50 Beschäftigten mit 14 Prozent. Eine mögliche Erklärung liegt in den unterschiedlichen Voraussetzungen für den Umgang mit politischen und regulatorischen Risiken. Größere Unternehmen könnten eher über Strategie- und Compliance-Strukturen verfügen, um Sanktionsregeln anzuwenden, Absatzmärkte zu diversifizieren und geopolitische Risiken in ihre Strategie einzubeziehen. Kleinere Unternehmen könnten dagegen mit administrativen Anforderungen und wirtschaftlichen Folgekosten stärker konfrontiert sein als große Unternehmen. Die Regressionsanalyse stützt den Unterschied jedoch nur eingeschränkt. Hält man Merkmale wie Ostdeutschland und das produzierende Gewerbe konstant, zeigt sich für die Unternehmensgröße kein statistisch signifikanter Zusammenhang mit der Einstellung zu Sanktionen. Ein Teil der deskriptiven Differenz geht also auf Unterschiede in der Branchen- und Regionalstruktur zurück.

Im Verhältnis zu den Größen- und Branchenunterschieden fällt der Ost-West-Abstand erheblich aus. Der Ost-West-Unterschied in der Zustimmung zwischen Unternehmen unterhalb und oberhalb der Schwelle von 50 Beschäftigten beträgt knapp 8 Prozentpunkte, zwischen dem produzierenden Gewerbe und den übrigen Bereichen 13 Prozentpunkte. Der Ost-West-Unterschied beträgt dagegen 27 Prozentpunkte. Daraus folgt, dass weder Unternehmensgröße noch Branchenstruktur als vollständige erklärende Variablen für die große Ost-West-Diskrepanz gelten können, sondern allenfalls einige Prozentpunkte der Differenz erklären können. Vielmehr könnten andere Faktoren eine Rolle spielen. Als zusätzliche Erklärungsansätze kommen daher unterschiedliche historische und gesellschaftliche Erfahrungshorizonte infrage. Frühere Osthandelsbeziehungen, regional verfestigte Wirtschaftsstrukturen und eine stärkere Sensibilität für Energie- und Rohstoffabhängigkeiten vom Osten und nicht zuletzt das Erbe der DDR und eine enge emotionale Bindung an Russland könnten die Bewertung der Sanktionen beeinflussen. Politische Einstellungen und die Wahrnehmung Russlands als Sicherheitsbedrohung könnten ebenfalls eine Rolle spielen.

Gleichzeitig berichten ostdeutsche Betriebe von einer stärkeren Betroffenheit durch Geopolitik, nicht nur von Sanktionen. Eher stark oder sehr stark betroffen von Sanktionen gegen Russland sehen sich 25 Prozent der ostdeutschen, aber nur 13 Prozent der westdeutschen Unternehmen. Im multivariaten Regressionsmodell mit Kontrollen für Unternehmensgröße und produzierendes Gewerbe ist der Ost-Effekt statistisch hochsignifikant. Bei anderen geopolitischen Belastungen wie hybriden Bedrohungen betragen die Anteile der spürbaren Betroffenheit 49 Prozent im Osten und 42 Prozent im Westen. Die Auswirkungen der Öl- und Gaspreise nehmen 88 Prozent der ostdeutschen und 74 Prozent der westdeutschen Unternehmen spürbar wahr. Bei allen drei Belastungsarten (geopolitische Betroffenheit, hybride Bedrohung, hohe Energiepreise) fällt die berichtete Betroffenheit im Osten sichtbar höher aus.

Die Verbindung einer höheren Betroffenheit mit einer kritischeren Sanktionshaltung ist mit einem wirtschaftlichen Kostenkalkül vereinbar: Unternehmen, die geopolitische Konflikte vor allem über Energiepreise, Lieferketten und regionale Wirtschaftsbeziehungen erfahren, könnten die Maßnahmen stärker nach ihren unmittelbaren Belastungen beurteilen. Ebenso kommen historische und politische Erfahrungshorizonte als Erklärung infrage. Die Unterschiede zwischen größeren und kleineren Unternehmen zeigen allerdings, dass Kosten, insbesondere auch Energiekosten allein keine ausreichende Erklärung liefern. Zudem erfassen die regionalen Indikatoren teilweise andere Sachverhalte als die Haltung zu Russland-Sanktionen.

Insgesamt verbindet die Unternehmensbefragung einen breiten Rückhalt für die Sanktionen mit erheblichen Unterschieden innerhalb der deutschen Wirtschaft. Die größte der hier ausgewiesenen Zustimmungsdifferenzen zeigt sich zwischen ost- und westdeutschen Unternehmen. Daneben sind Unternehmensgröße und Branchenzugehörigkeit relevant. Die Befunde sprechen dennoch dafür, wirtschaftliche Betroffenheit und politische Bewertung gemeinsam zu betrachten.

4 Fazit

Die hier vorgestellten Ergebnisse zeigen deutlich, dass sowohl der Großteil der Bevölkerung (74 Prozent) als auch der Unternehmen (78 Prozent) die Sanktionen gegen Russland unterstützt. Die Ergebnisse decken sich mit Befragungen unmittelbar nach Beginn der russischen Vollinvasion der Ukraine, die ähnlich hohe Zustimmung ermittelten – und dass, obwohl Unternehmen wie Bevölkerung die Auswirkungen der Sanktionen deutlich spüren.

Die aktuellen Bevölkerungsbefragungen zeigen für den Zeitraum Herbst 2025 bis Frühjahr 2026 einen Rückgang der Sanktionsunterstützung insgesamt („stimme zu“ und „stimme eher zu“) in Deutschland: Er beträgt knapp 5 Prozentpunkte. Diese Entwicklung ist durch den Rückgang der moderaten Zustimmung („stimme eher zu“) und den Anstieg der tendenziellen Ablehnung („stimme eher nicht zu“) von Sanktionen gekennzeichnet. Gleichzeitig veränderten sich die vollständige Unterstützung oder Ablehnung von Sanktionen kaum. Trotzdem ist es wichtig, dass die Zustimmung zu den Sanktionen in der Bevölkerung nicht kippt, denn wie der BND-Präsident Martin Jäger bei der jährlichen Anhörung im Bundestag am 05.10.2026 sagte: „Jedes Zeichen von Wankelmut ist gefährlich“ (FAZ, 2026). Detailliertere Analyseergebnisse weisen darauf hin, dass eine höhere Demokratiezufriedenheit, ein positiveres Bild von der EU und ein höherer Bildungsstand mit einer größeren Sanktionsunterstützung einhergehen. Sanktionsgegner und -befürworter sehen beide die aktuellen Preisentwicklungen als drängendstes Problem, unterscheiden sich jedoch stark in der Bewertung anderer politischen Probleme in Deutschland: Unterstützer der Sanktionen nehmen vor allem internationale und sicherheitspolitische Themen stärker als Problem wahr. Sanktionskritische Befragte sehen die größten Probleme des Landes in der Einwanderung und Kriminalität. Außerdem schätzen Sanktionskritiker Russland seltener als Sicherheitsbedrohung für Deutschland ein.

Neben der Bevölkerung ist auch in der Unternehmerschaft die Sanktionsakzeptanz tief verankert: Mehr als drei von vier Unternehmen stimmen den Sanktionen zu, wobei es sichtbare Unterschiede zwischen Regionen, Unternehmensgrößen und Branchen gibt. Größere Unternehmen unterstützen die Sanktionen häufiger als kleine Unternehmen, Unternehmen aus weniger von den Kriegs- und Sanktionsfolgen betroffenen Wirtschaftsbereichen unterstützen sie häufiger als Unternehmen, die direkter betroffen sind; dazu kommt ein großer Unterschied zwischen ostdeutschen und westdeutschen Unternehmen.

Angesichts des möglichen Drucks auf die Sanktionen durch die jüngsten Wahlerfolge russlandfreundlicher Parteien sollte die Politik die verankerte Sanktionsakzeptanz stützen, vertiefen und ausbauen, sodass ein Paradigmenwechsel in der Sanktionspolitik schwer bis unmöglich wird. Dazu ist die (politische) Bildung ein Schlüssel – es muss deutlich vermittelt werden, dass das Sanktionsregime ein wichtiger Teil der Verteidigungsstrategie Europas ist. Sanktionen und auch die damit verbundenen Kosten für Europa müssen als Versicherung für Unabhängigkeit, Freiheit und Demokratie betont werden. Dem russischen Narrativ und dem

Versuch der Einflussnahme auf die politische Meinungsbildung in Deutschland muss entschieden begegnet werden. Den Unternehmen kommt bei der Sanktionsbewertung eine wichtige gesellschaftliche Rolle zu. Unternehmen, die die Sanktionen – trotz wirtschaftlicher Einbußen – mittragen, können als neutrale Absender dieser Botschaft in die Arbeitnehmerschaft und Gesellschaft hineinwirken. Nur wenn die Sanktionsunterstützung breit und tief verankert ist, kann das Sanktionsregime langfristig eher bestehen bleiben und somit – ohne direkte militärische Einmischung – eine entscheidende Wirkung zugunsten der Ukraine und Freiheit Europas erzielt werden.

5 Abstract

The EU's sanctions against Russia and its support for Ukraine are the EU's most significant foreign policy responses to Russian aggression. Recent election results – particularly from the far right and far leftpoint – to criticism of the sanctions, which is fueling the political debate over whether the comprehensive sanctions regime should still be maintained. However, this study shows that an overwhelming majority of the German population and German companies still support the sanctions against Russia. In the spring of 2026, nearly three-quarters of respondents in Germany approved of the sanctions; in the summer of 2026, slightly more than three-quarters of companies supported the sanctions. At the same time, it is evident that the proportion of critics is indeed growing, which poses a challenge to political legitimacy. In particular, there are differences between eastern and western Germany.

The key finding of the study is that support among the population and the business community is deeply rooted, though not uniformly expressed. These differences can be identified based on specific characteristics, such as sociographic and socioeconomic indicators, political attitudes, industry, and company size. The study recommends bolstering acceptance of sanctions through civic education and communicating sanctions as part of the European defense strategy. Companies that support the sanctions can serve as credible advocates in this regard.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 2-1: Antwortverteilung zu den EU-Sanktionen in Deutschland und der EU im Zeitvergleich (in Prozent) 9

Abbildung 2-2: Antwortverteilung zu den EU-Sanktionen in West- und Ostdeutschland im Zeitvergleich (in Prozent) 10

Abbildung 2-3: Nationale Themen mit den größten Unterschieden zwischen Sanktionsbefürwortern und Sanktionsgegnern in Deutschland, EB 105 (Differenz in Prozentpunkten) 13

Abbildung 3-1: Betroffenheit deutscher Unternehmen von Sanktionen gegen Russland und Belarus 16

Abbildung 3-2: Zustimmung zu Russland-Sanktionen 17

Abbildung 3-3: Zustimmung und Ablehnung zu geopolitischen Maßnahmen 18

Abbildung 3-4: Zustimmung und Ablehnung der Russland-Sanktionen nach Branche 19

Abbildung 3-5: Zustimmung und Ablehnung der Sanktionen nach Region 20

Literaturverzeichnis

Bitkom e. V., 2022, Breite Unterstützung in der digitalen Wirtschaft für Sanktionen gegen Russland, Presseinformation vom 8. März 2022, https://www.bitkom.org/Presse/Presseinformation/Breite-Unterstuetzung-in-der-digitalen-Wirtschaft-fuer-Sanktionen-gegen-Russland [19.10.2026]

Destatis – Statistisches Bundesamt, 2025, Bruttoinlandsprodukt 2024 für Deutschland, Pressekonferenz am 15. Januar 2025, Statement, Wiesbaden

Destatis – Statistisches Bundesamt, 2026, Deutscher Außenhandel mit Russland 2025, Berechnungen des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, Stand 23.02.2026, [19.10.2026]

Diermeier, Matthias / Fremerey, Melinda, 2023, Solidarische Sanktionsmehrheit, IW-Kurzbericht, Nr. 37, Köln

DIHK – Deutscher Industrie- und Handelskammertag, 2022, Auswirkungen der russischen Invasion in der Ukraine auf die deutsche Wirtschaft, DIHK-Unternehmensbefragung, März 2022, Berlin

Europäische Kommission, 2026a, EU adopts largest-ever package of listings against Russia, News vom 12. Oktober 2026, https://finance.ec.europa.eu/news/eu-adopts-largest-ever-package-listings-against-russia-2026-10-12_en [19.10.2026]

Europäische Kommission, 2026b, Import and export bans, Stand 14. September 2026, https://commission.europa.eu/topics/eu-solidarity-ukraine/eu-sanctions-against-russia-following-invasion-ukraine/import-and-export-bans_en [19.10.2026]

Europäische Kommission, 2026c, Eurobarometer 104.1 (2025), Datensatz ZA9130, Version 1.0.0, https://doi.org/10.4232/1.14793 [19.10.2026]

Europäische Kommission, 2026d, Eurobarometer 105.1 (2026), Datensatz ZA9143, Version 1.0.0, https://doi.org/10.4232/1.14834 [19.10.2026]

FAZ – Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2022, „Sind fassungslos, dass Russland in Europa einen Krieg begonnen hat“, in: FAZ.NET/Reuters, 24.2.2022, https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/vdma-fassungslos-ueber-russlands-kriegsbeginn-in-europa-17829835.html [19.10.2026]

FAZ, 2026, „Russland führt einen Schattenkrieg gegen uns“, Nr. 231, 6.10.2026, S. 3 [19.10.2026]

Frankfurter Rundschau, 2025, „Man hätte diesen Krieg verhindern können“. Historiker über Deutschland und die Ukraine, in: Frankfurter Rundschau, 27.11.2025, https://www.fr.de/kultur/gesellschaft/man-haette-diesen-krieg-verhindern-koennen-historiker-ueber-merkels-fehler-94058941.html [19.10.2026]

Gerards Iglesias, Simon / Muncaster, Dan / Schmitz, Edgar, 2026, Hybride Bedrohungen treffen deutsche Unternehmen, IW-Kurzbericht, Nr. 60, Köln

Goebel, Jaqueline, 2023, Wie deutsche Marken weiter in Russland Geschäft machen, WirtschaftsWoche, https://www.wiwo.de/unternehmen/handel/nivea-ritter-sport-hochland-und-co-wie-deutsche-marken-weiter-in-russland-geschaeft-machen/29002954.html [19.10.2026]

Henger, Ralph / Voigtländer, Michael, 2026, Leichte Stimmungsaufhellung trotz vielfältiger Herausforderungen. Aktuelle Ergebnisse des ZIA-IW-Immobilienstimmungsindex (ISI), Gutachten, Köln

Hesse, Michael, 2025, Historiker über Deutschland und die Ukraine: „Man hätte diesen Krieg verhindern können“, in: Frankfurter Rundschau, https://www.fr.de/kultur/gesellschaft/man-haette-diesen-krieg-verhindern-koennen-historiker-ueber-merkels-fehler-94058941.html [19.10.2026]

Hüther, Michael / Fremerey, Melinda / Gerards Iglesias, Simon, 2023, Gegen die Weltordnung. Russlands Sonderweg und sein ökonomischer Preis, Köln

IHK-Arbeitsgemeinschaft Rheinland-Pfalz, 2022, Trotz wirtschaftlicher Folgen: 89 Prozent der Unternehmen befürworten Sanktionen, Pressemitteilung Nr. 5450458 vom 8. März 2022, https://www.ihk-rlp.de/service-marken/presse/aktuelle-pressemitteilungen/blitzumfrage-ukraine-5450458 [19.10.2026]

Kluge, Janis, 2025, Ziel verfehlt? Bilanz der Sanktionen gegen Russland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/sanktionen-2025/559419/ziel-verfehlt/ [19.10.2026]

KSE – KSE Institute Sanctions Hub, 2026, Sanctions and the Russian Economy: 2025 Year-End Assessment, Januar 2026, https://kse-ua-prod-media.fra1.digitaloceanspaces.com/wp-content/uploads/2026/01/2025_Year_End_Assessment.pdf, [19.10.2026]

Liang, Xiao et al., 2026, Trends in World Military Expenditure, 2025, SIPRI Fact Sheet, April 2026, Stockholm, https://doi.org/10.55163/ZLHQ1057 [19.10.2026]

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft, 2021, Nord Stream 2 und der Widersinn von Wirtschaftssanktionen, 16.2.2021, https://www.ost-ausschuss.de/de/nord-stream-2-und-der-widersinn-von-wirtschaftssanktionen, [19.10.2026]

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft, 2022, Deutsche Exporte nach Russland brechen ein. Statement des Ost-Ausschuss-Vorsitzenden Oliver Hermes zur Handelsentwicklung im März, 22.4.2022, https://www.ost-ausschuss.de/de/deutsche-exporte-nach-russland-brechen-ein [19.10.2026]

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft/BDI, 2023, Zentrales Kontrollinstrument dringend notwendig, April 2023, https://www.ost-ausschuss.de/de/zentrales-kontrollinstrument-dringend-notwendig [19.10.2026]

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft (Hrsg.), 2026a, Mittel- und Osteuropa Jahrbuch 2026. Marktanalysen, Fakten und Trends, Frankfurt am Main

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft, 2026b, OA-Update Sanktionen, 2026/03, 2. April 2026, https://www.ost-ausschuss.de/sites/default/files/2026-04/OA-Update%20Sanktionen_2026-03.pdf [19.10.2026]

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft, 2026c, Unternehmen zwischen Sorgfaltspflichten und Geschäftschancen, Webinar-Bericht, https://www.ost-ausschuss.de/de/unternehmen-zwischen-sorgfaltspflichten-und-geschaeftschancen [19.10.2026]

PCK Raffinerie GmbH, 2026a, PCK Task Force am 17.02.2026, 27.02.2026, https://www.pck.de/medien [19.10.2026]

PCK Raffinerie GmbH, 2026b, Offizielle Baustelleneröffnung zur technologischen Anpassung der Schwefelrückgewinnungsanlage 3 zur dauerhaften Senkung der SO2-Emissionswerte, 03.06.2026, https://www.pck.de/medien [19.10.2026]

Rat der Europäischen Union, 2026a, Zeitleiste – Sanktionspakete gegen Russland seit Februar 2022, https://www.consilium.europa.eu/en/policies/sanctions-against-russia/#economic [19.10.2026]

Rat der Europäischen Union, 2026b, 21. Sanktionspaket: EU setzt die Sektoren Energie, Finanzdienstleistungen und Kryptowerte in Russland unter starken Druck, Pressemitteilung vom 23. Juli 2026, https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2026/07/23/21st-package-of-sanctions-eu-hits-russian-energy-financial-services-and-crypto-hard/ [19.10.2026]

Rat der Europäischen Union, 2026c, Russia's war of aggression against Ukraine: EU agrees largest-ever package of listings, Pressemitteilung vom 12. Oktober 2026, https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2026/10/12/russia-s-war-of-aggression-against-ukraine-eu-agrees-largest-ever-package-of-listings-targeting-almost-1600-individuals-and-entities-in-russia-s-military-industrial-complex/ [19.10.2026]

Rat der Europäischen Union, 2026d, Russia's war against Ukraine: EU sanctions, https://www.consilium.europa.eu/en/policies/sanctions-against-russia/#economic [19.10.2026]

Rat der Europäischen Union, 2026e, EU sanctions against Russia: questions and answers, https://www.consilium.europa.eu/en/policies/sanctions-against-russia-explained/#pricecap [19.10.2026]

RTL/ntv, 2026, Trendbarometer, *https://media.rtl.com/meldung/RTL-ntv-Trendbarometer-00558/* [26.10.2026]

United Nations Comtrade Database, Datenbank, Handelsdaten Deutschland mit Russland, Importe und Exporte 2025, https://comtradeplus.un.org [19.10.2026]

ZVEI, 2022, ZVEI-Mitgliederumfrage: Unternehmen unterstützen Russland-Sanktionen, Presseinformation Nr. 27/2022, 19. April 2022, https://www.zvei.org/presse-medien/pressebereich/zvei-mitgliederumfrage-unternehmen-unterstuetzen-russland-sanktionen [19.10.2026]